



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

26. Sitzung (öffentlich)

27. November 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.25 Uhr

Vorsitz: Dr. Helmut Linssen (CDU)

Stenograf: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

Thema: Keine Lockerung der Vergabevorschriften

- Berichts-anforderung der CDU-Fraktion

4

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit sowie das Innenministerium entgegen. Eine Aussprache schließt sich an.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfeverordnung - BVO)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/2800 und 13/3150

Vorlagen 13/1587, 13/1597, 13/1662, 13/1664, 13/1682, 13/1683 und
13/1780

8

Unter Berücksichtigung des mit der zweiten Ergänzungsvorlage veränderten Gesetzentwurfs wird der Einzelplan 08 in den den Ausschuss betreffenden Teilen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Nichtteilnahme an der Abstimmung durch die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion einstimmig angenommen.

Der Einzelplan 10 wird in den den Ausschuss betreffenden Teilen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Nichtteilnahme an der Abstimmung durch die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion einstimmig angenommen.

Der Einzelplan 15 wird in den den Ausschuss betreffenden Teilen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Nichtteilnahme an der Abstimmung durch die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion einstimmig angenommen.

3 Gesetz zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen im Land Nordrhein-Westfalen (Tariftreuegesetz Nordrhein-Westfalen - TariftG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2965

Zuschriften 13/2099, 13/2163, 13/2191, 13/2192, 13/2193, 13/2205, 13/2206, 13/2220, 13/2221, 13/2222 - Neudruck -, 13/2223, 13/2224, 13/2225, 13/2226, 13/2227, 13/2228, 13/2229, 13/2230, 13/2236, 13/2237, 13/2238, 13/2256, 13/2287 und 13/2305

Ausschussprotokoll 13/689

9

Der Ausschuss erörtert den Gesetzentwurf der Landesregierung und verständigt sich darauf, am 4. Dezember vor der für diesen Tag anberaumten Anhörung zum Mittelstandsgesetz ab 10 Uhr abschließend zu beraten und abzustimmen.

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs sowie zur Weiterentwicklung des ÖPNV (Regionalisierungsgesetz NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/2706

Zuschriften siehe Auflistung im Ausschuss-Protokoll 13/637

Ausschuss-Protokoll 13/637

14

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird ohne Votum an den federführenden Ausschuss weitergeleitet.

5 Nordrhein-Westfälische Beziehungen zu Polen ausbauen: Chancen der Zusammenarbeit mit der NRW-Partnerregion Slaski (Polen) stärker nutzen

Antrag der Fraktion der SPD

und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/2734 - Neudruck -

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/3218

15

Der Ausschuss verständigt sich darauf, kein Votum abzugeben.

6 Mehr Verbraucherschutz durch private Lebensmittelsachverständige und private Labors; Kontrolle der Kontrolleure!

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/2736

16

Der Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 13/2736, wird mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von FDP und CDU abgelehnt.

7 Verschiedenes

- Siehe Seite 17 des Diskussionsteils!

Das Gesetz wolle die Pluralität der Tarifverträge aushebeln. Der Versuch werde unternommen, eine Regelungslücke zu definieren, die als Begründung dafür herhalte, Sonderinteressen zu befriedigen.

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen macht im Zusammenhang mit dem Stichwort "Konnexität" darauf aufmerksam, dass in der Vergangenheit bereits darüber diskutiert worden sei, diesen Zusammenhang in der Verfassung zu verankern. Seinerzeit sei jedoch davon Abstand genommen worden unter Verweis darauf, dass das Konnexitätsprinzip auf Bundesebene auch nicht in der Verfassung verankert sei. Allerdings habe der Landtag seinerzeit eine Resolution verabschiedet und sich damit selber gebunden.

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs sowie zur Weiterentwicklung des ÖPNV (Regionalisierungsgesetz NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/2706

Zuschriften siehe Auflistung im Ausschuss-Protokoll 13/637

Ausschuss-Protokoll 13/637

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen teilt mit, der Landtag habe den Gesetzentwurf der Landesregierung in seiner Sitzung am 27. Juli 2002 zur federführenden Beratung an den Verkehrsausschuss sowie neben dem hiesigen Ausschuss auch dem Ausschuss für Kommunalpolitik und dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Der federführende Ausschuss habe am 11. September zum Gesetzentwurf der Landesregierung eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Das Papier werde im hiesigen Ausschuss heute erstmalig und darüber hinaus abschließend beraten. Der Verkehrsausschuss werde seine abschließende Beratung morgen durchführen.

Werner Bischoff (SPD) weiß um noch sehr intensiven Beratungsbedarf betreffend einige Details des Gesetzentwurfs der Landesregierung, die ihrer Natur nach sehr verkehrsspezifisch ausfielen. Angesichts der für morgen anstehenden Detailberatung im federführenden Ausschuss plädiere seine Fraktion dafür, den Gesetzentwurf ohne eigenes Votum weiterzuleiten, da sich durch die fachspezifische Beratung im Verkehrsausschuss neue Schwerpunkte ergeben könnten.

Christian Weisbrich (CDU) signalisiert namens seiner Fraktion Zustimmung zu diesem Verfahrensvorschlag. Die CDU-Fraktion werde in der Sitzung des Verkehrsausschusses im Übrigen einen Änderungsantrag vorlegen.

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen hält fest, dass sich der Ausschuss damit einvernehmlich darauf verständige, den Gesetzentwurf der Landesregierung ohne eigenes Votum an den morgen tagenden federführenden Verkehrsausschuss weiterzuleiten.